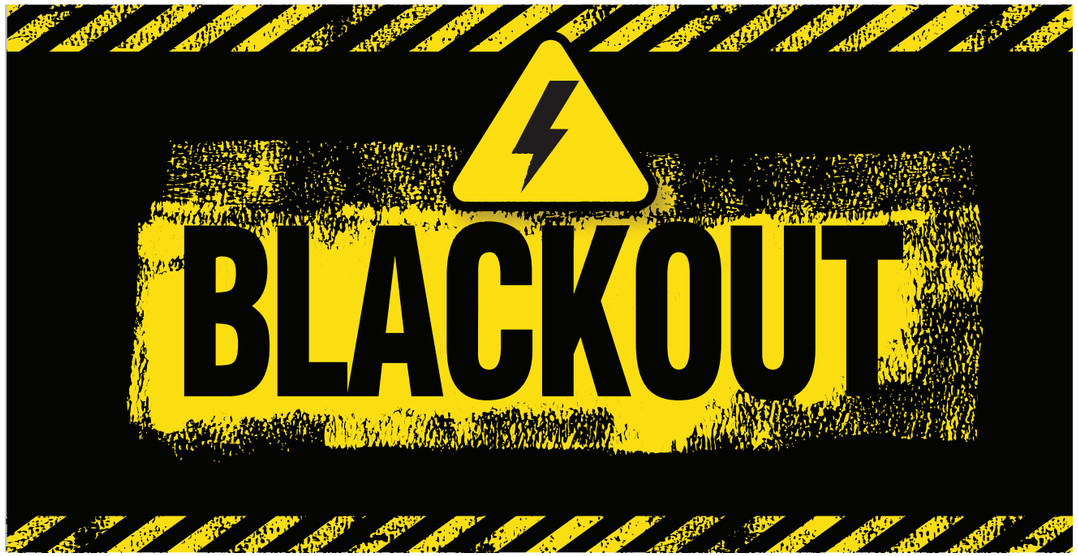
VERSORGUNGSSICHERHEIT UND RESILIENZ

Was Deutschland von seinen europäischen Nachbarn lernen kann

Das Thema Versorgungssicherheit gewinnt zunehmend an Bedeutung. Grund genug, einmal über die Grenzen zu schauen, wie sich unsere europäischen Nachbarn auf eine Krise vorbereiten. Insbesondere die nordischen Länder sind teilweise deutlich weiter als Deutschland.



Ein globaler Stromausfall wäre eine schwere Herausforderung für unsere kritischen Infrastrukturen.

Wenn es um die Vorbereitung auf Krisen geht, wird insbesondere das Thema Notstromversorgung großgeschrieben. Einer der wahrscheinlichsten Krisenfälle ist neben der Sorge über einen möglichen militärischen Konflikt mit Russland, ein flächendeckender Blackout.

Der Wegfall von Energie, insbesondere Strom, ist nach wie vor eine der gravierenden Eingriffe in unsere Infrastruktur. Ereignisse wie der Stromausfall im Berliner Süden Anfang 2026 haben gezeigt, wie hoch die Herausforderungen sind, wenn die Energieversorgung unterbrochen wird.

Dabei war die Kommunikation mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine echte Herausforderung, weil die üblichen Kommunikationswege wegen des Stromausfalls nicht funktionierten. Zwar waren aus dem Internet einige Informationen abrufbar, an welcher Stelle so genannte „Leuchttürme" errichtet wurden, aber nur für diejenigen, die noch einen vollen Handyakku hatten und sich in Reichweite eines funktionierenden Sendemastes befanden. Später kamen dann auch Lautsprecherdurchsagen durch die Polizei hinzu. Was fehlte waren konkrete Radiodurchsagen, so dass auch diejenigen, die über ein Kurbelradio verfügten, leider keine brauchbaren Informationen erhielten, wo sie Hilfe erhalten können.

Die Versorgung mit Lebensmitteln war bei dem Stromausfall nicht das größte Problem. Dank einer sofortigen Krisensitzung des Landesverbands Berlin-Brandenburg wurden dafür geeignete Lebensmittelfilialen kurzfristig mit Notstromaggregaten ausgestattet. Neben kostenlosen Heißgetränken sowie einem Heißwasserservice an einigen Standorten konnten Betroffene vor Ort auch Handys, Powerbanks und andere kleine Elektrogeräte kostenlos aufladen. Darüber hinaus blieb die Möglichkeit, in andere Standbezirke auszuweichen.

Doch diese Möglichkeit wäre bei einem flächendeckenden Stromausfall nicht ohne weiteres gegeben, so dass die Versorgung mit Notstrom ein wichtiger Faktor werden kann, wenn der Strom einmal ausbleibt.

In Estland und auch in Schweden und Norwegen gibt es deswegen Projekte, die sich mit einer mobilen Notstromversorgung auseinandersetzen. Mobile Notstromaggregate werden vorrätig gehalten, die per LKW schnell an die jeweiligen Krisenorte verlegt werden können. Auch in Deutschland gibt es Anbieter, die beim Stromausfall in Berlin gute Arbeit verrichtet haben. Forschungsprojekte beschäftigen sich auch mit Sonnenkollektoren, die unter Umständen für eine Notstromversorgung eingesetzt werden können.

Wichtig ist beim Einsatz von Notstromaggregaten auch die Tatsache, dass auch diese Geräte Energie brauchen, um Strom erzeugen zu können, in der Regel durch Dieseltreibstoff. Dieser muss natürlich auch für den Krisenfall entsprechend vorhanden sein und auch während der Krise nachgetankt werden können. Es müssen daher neben entsprechenden Vorräten auch Not-Tankstellen bestehen, die selbst über eine Notstromversorgung verfügen, da auch Zapfsäulen in der Regel Strom benötigen, um zu funktionieren.

Bevorratung für 10 Tage wird empfohlen

Wichtig bleibt aber in jedem Fall, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit einem Notvorrat versorgen, um im Krisenfall nicht sofort auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein, wenn einmal der Supermarkt um die Ecke nicht mehr öffnen kann, weil der Strom fehlt.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) fordert dies seit langem, dennoch darf bezweifelt werden, dass dies schon bei großen Teilen der Bevölkerung angekommen ist, hat man sich doch daran gewöhnt, dass Lebensmittel immer verfügbar sind, auch dank der langen Öffnungszeiten des LEH.

Die Schweden sind da konsequenter in der Kommunikation mit der Bevölkerung. Die Broschüre „In case of crisis or war" wurde jedem Bürger und jeder Bürgerin nach Hause geschickt. Sie klärt über die Bedeutung von Sirenensignalen auf, enthält die wichtigsten Notrufnummern und Adressen für Notfälle, gibt Erste-Hilfe-Tipps und vermittelt einfache, leicht verständliche Anleitungen, was und wieviel Vorräte angeschafft werden müssen, um gegen einen Krisenfall gewappnet zu sein.



Private Vorratshaltung ist ein wichtiger Baustein für mehr Sicherheit.

Ein
10
Tage Vorrat wird empfohlen, damit sich ein Haushalt in einer Krisensituation selbst versorgen kann.

Quelle: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Auch in Deutschland stehen diese Informationen für die interessierten Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung, das BBK hält entsprechende Checklisten und Broschüren im Internet bereit, an einer flächendeckenden, aktiven Information der Bevölkerung durch den Staat fehlt es aber derzeit.

Eine sehr interessante Untersuchung hat die Universität Stockholm vorgenommen. Nataliya Galan hat mit ihrem Projekt „Relent" (Resilient food retail – Lessons from Ukraine on entrepreneurial adaptation in times of war) eine Studie über die Situation des Lebensmittelhandels in der Ukraine angefertigt. Der dortige Krieg stellt die Unternehmen vor die Herausforderung unternehmerisch auf eine Krisensituation zu reagieren, die durch extreme Unsicherheit, knappe Ressourcen und die Notwendigkeit schneller Anpassungen geprägt ist. Während in einigen Landesteilen der Ukraine ein nahezu normaler Betrieb der Supermärkte möglich ist, steigt die Schwierigkeit bei den Unternehmen, je näher man der Front im Osten des Landes kommt. Dazu besteht die Gefahr, dass jederzeit Versorgungswege oder gar ganze Läger durch einen russischen Raketenangriff zerstört werden können.

In einem aktuellen Fall zeigt sich wieder einmal, wie wichtig auch die Sicherheit und Resilienz von Computersystemen sind. Mitte Oktober wurde ein großer Hackerangriff auf französische Supermarktketten bekannt.

Mit einem massiven Cyberangriff haben bisher Unbekannte die Kühlsysteme vieler Supermärkte in Frankreich außer Betrieb gesetzt. Die Temperaturen in zahlreichen Kühl- und Gefrierschränken stiegen bis auf 50 Grad Celsius, was landesweit zu verdorbenen Lebensmitteln führte. Grund waren veraltete Kühlsysteme, für die keine Software- oder Sicherheitsupdates mehr bereitgestellt wurden. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig eine regelmäßige Kontrolle der Sicherheitsmaßnahmen ist, und dass Angriffe gegen unsere kritischen Infrastrukturen auch aus Richtungen kommen können, die wir nicht erwartet haben. Umso wichtiger, dass das Thema immer weiter auch in der Politik und der Öffentlichkeit an Bedeutung gewinnt. ■

Autor
Axel Haentjes
Leiter Lebensmittelrecht
Rechtsanwalt
(Syndikusrechtsanwalt)
haentjes@bvlh.net



Fotos: Getty Images, BVLH

Verantwortlich für diese Seiten
Philipp Hennerkes,
Hauptgeschäftsführer
hennerkes@bvlh.net

Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e. V. (BVLH)
Am Weidendamm 1 A, 10117 Berlin
Tel.: 030/726250–86
info@bvlh.net, www.bvlh.net

BVLH Handelsverband Lebensmittel